

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

POSCHIAVO

Repower unterliegt am EU-Gericht bei Markenschutz-Streit

Der Energiekonzern Repower hat in einem Markenschutz-Streit mit dem Berner Klimaschutzverein repowermap.org den Kürzeren gezogen. Das EU-Gericht hat dem Unternehmen das Recht auf den exklusiven Gebrauch des Wortes «repower» abgesprochen. Das Urteil wurde am Mittwoch vom Gericht der Europäischen Union in Luxemburg gefällt. Es bestätigt einen Entscheid der Europäischen Markenschutzbehörde, wie repowermag.org mitteilte. Die Wortmarke «Repower» sei als Folge des Entscheides in Europa nicht mehr gegen die Nutzung durch Dritte geschützt, schrieb Repower auf Anfrage in einer Stellungnahme. Aufgehoben sei der Schutz aber nur «in ausgewählten Geschäftsbereichen». Vom Entscheid nicht betroffen sei das Logo des Energieunternehmens, die Wort-Bild-Marke «Repower». Auch auf das Tagesgeschäft hat der Entscheid laut Repower keinen direkten Einfluss. Das Unternehmen will das Urteil nun analysieren und dann über mögliche weitere Schritte entscheiden. (sda)

VAL MUSTAIR

«Lü Stailas» wird verkauft

Die Gemeindeversammlung von Val Müstair hat am Mittwoch entschieden, das gemeindeeigene Gebäude «Lü Stailas» in der Fraktion Lü zu verkaufen. Bis 1. Dezember 2019 war das Haus ein Zentrum für Astrofotografie und Himmelsbeobachtung, das Alpine Astrovillage «Lü Stailas». Seither wurde das Gebäude nicht mehr genutzt und hat der Gemeinde nur Kosten verursacht. Die Kaufinteressenten sind bereits bekannt. Die Gemeindeversammlung hat zudem zwei Zonenplan-Anpassungen und einen Kredit über 650 000 Franken für die Sanierung des Bachbetts in der Val Vau genehmigt. (fh)

CHUR

Trockenmauern werden revidiert

Die Bündner Regierung will im laufenden Jahr für 517 000 Franken insgesamt 2,8 Kilometer Trockenmauern in 26 verschiedenen Gemeinden renovieren. Die geplante Renovation steht in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen «Landschaft» und «Natur», an denen sich der Bund mit Anteilen in Höhe von 258 000 Franken beteiligt. Wie die Regierung mitteilt, belaufen sich die Kosten insgesamt auf 1,37 Millionen Franken. Der restliche Anteil werde durch Eigenleistungen und Dritte finanziert. (red)

CHUR

Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche wird verlängert



Der Kanton Graubünden führt das Programm zur Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche weiter. Die Regierung hat das Konzept für die Jahre 2022 bis 2025 genehmigt, wie sie mitteilt. Es basiere auf den Erfahrungen und Ergebnissen des Gesundheitsamtes aus den letzten 13 Jahren und sei gemäss den neuesten wissenschaftlichen Empfehlungen aktualisiert worden. Das Programm soll die Gesundheitsressourcen der Bevölkerung mobilisieren und aufbauen. Entsprechende Rahmenbedingungen und Angebote im Vorschulbereich sowie im Schulalter sollen dabei gestärkt werden. Der Kanton Graubünden ist in diesem Rahmen dem Schulnetz 21, einem gesamtschweizerischen Netzwerk, beigetreten. (jas)

«Es weiss niemand mehr, wo die Eier herkommen»

Ausgerechnet Biobäuerinnen und Biobauern schicken die Trinkwasserinitiative bachab. Bio-Grischun-Präsident Claudio Gregori über Irritationen, Bioeier und Konsumenten.

mit Claudio Gregori sprach Pierina Hassler

Bio Suisse, der Dachverband der Bioproduzenten mit der Knospe, empfiehlt ein Nein zur Trinkwasserinitiative (TWI). Ein Entscheid, der Proteste auslöst. Biobäuerinnen und Biobauern treten aus dem Verband aus. Kundinnen und Kunden sind irritiert. Für Bio-Grischun-Präsident Claudio Gregori ist die Initiative nicht durchdacht. Es gebe wichtige Argumente, die TWI abzulehnen. «Unter anderem fehlen Regeln für den Import», so Gregori. Umweltprobleme würden somit ins Ausland verlagert. Die Initiative ziele nur auf die Produktion, obwohl Konsum wie auch der nicht-

«Unter anderem fehlen Regeln für den Import.»

landwirtschaftliche Einsatz von Pflanzenschutzmitteln würden nicht einbezogen. Und die Forderung, dass die Tiere auf dem Betrieb mit betriebseigenem Futter ernährt werden müssten, verunmögliche den regionalen Futteraustausch.

Herr Gregori, ausgerechnet Bio Suisse und auch der Vorstand von Bio Grischun sagen Nein zur TWI. Verstehen Sie die Irritation, die dieser Entscheid unter Konsumenten und Biobauern auslöst?

CLAUDIO GREGORI: Natürlich verstehe ich das. Auf den ersten Blick ist unsere Haltung für Konsumentinnen und Konsumenten auch nicht ganz einfach nachzuvollziehen. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lesen einfach «sauberes Trinkwasser, weniger Pestizide» und fragen sich dann, wie kann ein Bioverband gegen eine solche Initiative sein. Aber zum TWI-Nein gehört gleichwertig das Ja zur Initiative «Schweiz ohne synthetische Pestizide» – erst dann wird ein ganzes Paar Bioschuhe draus.

Sie haben jetzt Gelegenheit, die ratlose und erboste Gesellschaft zu beruhigen, die sich für die Umwelt einsetzt und bisher dachte, Bio Suisse mache das auch. Geht es um Direktzahlungen, die an die TWI gekoppelt sind?

Sowohl Grünland- wie auch Bergbetriebe sind auf Direktzahlungen angewiesen. Es ist aber komplizierter. Viele Betriebe würden wohl bei Annahme der TWI auf Bio umsteigen. Dies allein freut Bio Suisse natürlich, aber die TWI nimmt leider die Konsumenten nicht in die Pflicht und sagt auch nichts zu den Importen. Gleichzeitig würden viele Betriebe aber auf Direktzahlungen verzichten und intensiver als heute produzieren. Unter dem Strich ist dies wohl eher kein Gewinn für die Natur und das Trinkwasser.



Argumente: Claudio Gregori, Präsident von Bio Grischun, versteht die Irritationen rund um die Trinkwasserinitiative. Bild Bio Grischun

Gibt es noch weitere Argumente, die gegen ein Ja sprechen?

Die TWI verlangt von den Landwirten einen Tierbestand, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Das mag auf Grünlandbetrieben mit Rindviehhaltung funktionieren. Wir haben aber Schweine- und Hühnerbetriebe, die diesen Punkt unmöglich erfüllen können.

Warum nicht?

Nehmen wir das Beispiel Eier: Mehr als jedes vierte Ei, das in der Schweiz konsumiert wird, stammt aus Bioproduktion. Wir können aber nicht Millionen von Bioeier mit zehn Hühnern auf dem Miststock produzieren. Wir brauchen grössere, spezialisierte Betriebe, um den Bedarf zu decken. Wer heute Bioeier produziert, darf maximal 2000 Hühner halten. Sie ha-

«Was der Konsument will und kauft, wird nämlich letztendlich produziert.»

ben eine Grünfläche von einer Hektare und die Tiere können auf die Weide. Es gelten strenge Regeln bezüglich Düngebilanz. Die meisten müssen Futter dazukaufen, und das tun sie: in Knospe-Qualität aus der Schweiz und teilweise aus der EU. Würde die TWI angenommen, müssten diese Betriebe wohl alle den Schlüssel drehen. Und dann passiert das, was niemand will, es weiss nämlich niemand mehr, wo die Eier herkommen.

Die Initiative verspricht, bei einem Ja werde Bio für alle erschwinglich. Stimmt das?

Der Preis von Bioprodukten ist ein wichtiger Punkt. Bei einem Ja würde es wohl mehr Bio geben, was die Produkte längerfristig günstiger macht. Der Spielraum ist aber begrenzt: Die pestizidfreie Produktion bleibt aufwendiger als eine konventionelle. Der Preis wird ohnehin durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Am schnellsten gibt es Fortschritte, wenn wir die politischen Absichten und das Konsumverhalten zur Deckung bringen.

Im Moment liegen die Umfragergebnisse bei der TWI bei etwas über 50 Prozent Ja-Stimmen.

Sie plädieren für pestizidfreie Lebensmittel. Sind das nur Lippenbekenntnisse?

80 Prozent der Konsumenten kaufen heute mehrmals monatlich Bio ein, aber der Anteil am Gesamtumsatz der Lebensmittel liegt erst bei 12 Prozent. Wenn es also schnell gehen soll, müssen wir die 80 Prozent Biokonsumenten und die Unterstützer der Initiativen überzeugen, dass sie überwiegend Bio einkaufen. Was der Konsument will und kauft, wird nämlich letztendlich produziert. Und das gibt Platz für Umsteller.

Warum haben Bio Grischun und Bio Suisse eigentlich bei der Pestizidinitiative Ja gesagt?

Das sind zwei komplett unterschiedliche Initiativen. Die TWI betrifft ausschliesslich die Landwirtschaft. Hart gesagt, stellt sie alleine die Landwirtschaft an den Pranger. Die Pestizidinitiative hingegen geht das Düngemittelproblem auf allen Ebenen an. Sie richtet sich an die Landwirtschaft und die Wertschöpfungskette bis hin zu den Konsumenten. Sie regelt die Importe. Auch Private und Firmen dürfen keine synthetischen Pestizide mehr einsetzen. Das halten wir für den konsequenteren Weg und sagen darum Ja.